

Riesfaer und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt
Tagesblatt Riesa.
Ferienstr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Riesa 1530.
Kontoführer:
Riesa Nr. 52.

Nr. 73.

Dienstag, 29. März 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; jeztraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt ertitelt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zeitraubender und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ranges & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Vertrauen!

Eine Bahrückschau des Reichsministers Groener.

1) Berlin. Unter der Überschrift „Vertrauen!“ veröffentlicht der Bärencourier einen Artikel aus der Feder des Reichswehrministers und Reichsinnenministers Dr. Groener, in dem dieser sich noch einmal rückblickend mit den Wahlen vom 13. März beschäftigt. Der Minister stellt einleitend fest, daß man auf Grund des ersten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl bereits mit Sicherheit sagen könne, daß Reichspräsident Hindenburg auch der Sieger des 10. April sein werde. Keiner seiner Mitbewerber habe irgendwelche Aussicht, so viele neue Stimmen zu gewinnen, daß er den gewaltigen Vorsprung Hindenburgs einholen könnte.

Nach einer Würdigung des ruhigen Wahlverlaufes, bei dem das deutsche Volk eine muherhafte Disziplin bewiesen habe, kommt Reichsminister Groener auf die Auswirkungen der großen Wirtschaftskrise des deutschen Volkes auf den politischen Radikalismus zu sprechen.

Dazu trete, so fährt der Minister u. a. weiter aus, daß dem Deutschen von Natur ein besonders harter Parteigeist eigen, der die großen politischen Zusammenfassungen nicht zulasse. Aber gerade in diesem Punkt sei der 13. März ein Ereignis gewesen. Das Verdienst gebühre in erster Linie Hindenburg selbst, der sich lediglich als Kandidat des gesamten deutschen Volkes, also nur auf überparteilicher Grundlage, um das Amt beworben habe. Um ihn hätten sich große und kleine Parteien, Gruppen und Verbände aller Art geschart, zwischen denen sonst erhebliche Gegensätze beständen. Dieser Zusammenhalt habe den Wahlkampf gemildert. Nicht Partei habe gegen Partei gestanden, sondern der Kandidat des Volkes gegen Parteikandidaten. Das Volk habe für den entschiedenen, der nach seinen eigenen Worten nur der Treuhänder des ganzen deutschen Volkes sein will, in dem es die schönste Verkörperung der besten deutschen Eigenschaften erblicke.

Die Wahl Hindenburgs, fährt Reichsminister Groener fort, bedeute Ruhe und Ordnung in Deutschland, stetige friedliche Entwicklung, fruchtbare Verbindung von Tradition und Fortschritt. Die Sicherung von Ruhe und Ordnung sei das wichtigste Ergebnis des 13. März. Nicht so erklärt der Minister wörtlich, als ob diese wirklich gefährdet gewesen wäre. Die Machtmittel des Reiches sind stark genug, um jeder Belastungsprobe standhalten zu können. Ich habe auch keinen Grund, anzunehmen, daß von irgendwelcher Seite eine ernsthafte Störung der öffentlichen Ordnung zu befürchten war.

Der Minister schließt mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit des Vertrauens in Politik und Wirtschaft. Das deutsche Volk habe am 13. März sein Vertrauen zu gefestigter, friedlicher Entwicklung begründet. Es bringe dieses Vertrauen allen entgegen, die bereit seien, es zu erwidern. Das Wahlergebnis des 13. März sei eine Postkarte Deutschlands an alle Völker zu vertrauensvoller Zusammenarbeit, damit durch Viderung der Weltnot die Güter der christlichen Kultur erhalten blieben, denen die Menschheit alles verdanke.

De Valeras Antwort

Dublin, 29. März.

Hier fanden zur Erinnerung an den Zustand von 1918 Kundgebungen statt. Kein Mitglied der Regierung oder der Nationalen Armee nahm daran teil. Die Redner betonten, daß die republikanische Armee so lange als organisierte Streitmacht weiterbestehen werde, bis der Vertrag mit Großbritannien aufgehoben sei. Die Republikaner waren in großer Zahl zusammengeströmt und zogen ungehindert durch die Straßen von Dublin. Sie zeigten keine Stärke und die Regierung tat nichts, um sie daran zu hindern.

De Valera hat das Weetend in Dublin verbracht und die Antwort an die britische Regierung entworfen. Wie verlautet, wird er darin erklären, daß die irische Regierung den Freueid gegenüber dem König von England als eine rein inländische, sozusagen häusliche Angelegenheit ansehe und daß keine Abschaffung keineswegs eine Verletzung des Vertrages mit England bedeuten würde. Indessen besteht Grund, zu glauben, daß man hinsichtlich der Jahreszahlungen zu einem Kompromiß gelangen werde.

Schweres Feuergefecht an der polnischen Grenze

Kybnitz, 29. März. An der Grenze bei Rauden ist es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen polnischer Grenzpolizei und Komunisten gekommen. Der Grenzposten war mitgeteilt worden, daß nachts ein großer Schmuggeltransport über die Grenze gehen würde. Die Patrouillen wurden deshalb verstärkt. Gegen 5 Uhr begegnete eine dieser Streifen vier Männern, die mit schweren Kuffen beladen und mit Maschinengewehren und Brownings bewaffnet waren. Diese Leute eröffneten sofort ein heftiges Feuer auf die Grenzposten, nachdem sie ihre Kuffen zu Boden geworfen und dahinter Deckung genommen hatten. Den Besatzern gelang es schließlich, die Männer zu überwältigen und zu verhaften. In den Kuffen befand sich kommunistisches Propagandamaterial. Ob es bei dem Feuergefecht Verwundete gegeben hat, ist nicht bekannt geworden, da die Polizei im Interesse der polnischen Untersuchung jede Auskunft verweigert.

Viermächte-Konferenz in Genf?

Die kommenden Besprechungen der Großmächte über die Donaufrage.

1) Berlin. Die Einladung des englischen Premierministers MacDonald zu einer Konferenz Englands, Frankreichs, Italiens und Deutschlands über die Fragen des Donauraumes ist dem Reichskanzler und Reichsaußenminister Dr. Brüning nach Badenweiler nachgelandt worden, wo sich Dr. Brüning während der Osterferien aufhielt. MacDonald hat für die von ihm ins Auge gefasste Konferenz das Ende der jetzt begonnenen Woche vorgeschlagen, so daß sich, da nach den Wünschen des englischen Premierministers die Konferenz in London stattfinden soll, ein Aufenthalt des Reichskanzlers in der englischen Hauptstadt vom 2. bis etwa 4. April als erforderlich erweisen würde. Dr. Brüning, der im Prinzip der englischen Einladung zustimmt, sieht sich durch sie in seinen mit Rücksicht auf den Wahlkampf für den zweiten Gang der Präsidentenwahl getroffenen Zeitdispositionen etwas beeinträchtigt, so daß er, wie man annimmt, dem englischen Premierminister vorschlagen wird, die Konferenz nach dem 10. April stattfinden zu lassen. Eine definitive Entscheidung des Reichskanzlers liegt bis zur Stunde aber noch nicht vor. Man erwartet, daß Dr. Brüning sie im Laufe des Dienstag treffen wird. Eine Kabinettsitzung wird nicht für notwendig gehalten, weil der deutsche Standpunkt ja bereits in der deutschen Antwort auf den Vorschlag Tardieus eingehend dargelegt wurde. Eine Verschiebung der Konferenz auf die Zeit nach dem 10. April wird auch um deswillen für wahrscheinlich gehalten, weil sich der italienische Außenminister Grandi zur Zeit auf Urlaub befindet und sich eine Londonreise für ihn nicht so schnell bewerkstelligen ließe. Man glaubt auch, daß die Konferenz nicht in London, sondern in Genf stattfinden wird, wo es den verantwortlichen Staatsmännern schon mit Rücksicht auf die dann wieder in Gang befindliche Abrüstungskonferenz sowie die internen Beratungen des Völkerbundrates leichter wäre, ein Zusammentreffen zu arrangieren, als in London. Bis jetzt liegen aber Entscheidungen auch aus den übrigen in Frage kommenden Hauptstädten noch nicht vor. Besonders unangenehm ist nach den bis jetzt eingetroffenen Meldungen das Echo der englischen Einladung in Paris, wo man in dem Vorschlag MacDonalds vielfach sogar eine Durchkreuzung der Tardieuschen Pläne glaubt erblicken zu müssen.

Italien nimmt die Einladung an.

1) Rom. Italien hat in London mitgeteilt, daß es die englische Einladung zur Viermächtekonferenz in London annimmt. Italien wird durch Außenminister Grandi vertreten sein. Nachträglich hört man, daß Frankreich versucht hat, die Londoner Donau-Konferenz auf Frankreich und England zu beschränken und Deutschland und Italien auszuschalten. Das halbamtliche „Giornale d'Italia“ erklärt, die Konferenz der vier Mächte scheine nun für die nächste Woche gesichert zu sein. Sinegen sei die ursprünglich vorgeschlagene Konferenz der fünf Donauländer offenbar angesetzt worden. Hinsichtlich der bevorstehenden Londoner Konferenz hält das Blatt Zurückhaltung für geboten, um die ohnehin verwickelte Aufgabe der Diplomaten nicht zu erschweren.

Die von Paris aus verbreiteten Meldungen über ein französisch-italienisches Flottenabkommen sind nach wie vor falsch. An dem Stand der Dinge hat sich nichts geändert, ebensowenig sind zur Zeit irgendwelche Verhandlungen im Gange. Es mag lediglich zutreffen, daß der Pariser italienische Botschafter im Anschluß an die Senatsrede Tardieus mit diesem unverbündlich auch über die Flottenfrage gesprochen hat. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß Italien vor den französischen Vahnen auf die wiederholten französischen Vorschläge eingeht. Die italienfreundliche Rede Tardieus hat in Italien augenscheinlich keinen großen Eindruck gemacht.

Borherige Besprechung Tardieu-Macdonald.

Paris. Es ist jetzt ziemlich sicher, daß Ministerpräsident Tardieu und Finanzminister Blandin sich am Sonntag nach London begeben werden, um mit den englischen Staatsmännern sowohl über die Frage des wirtschaftlichen Donaubundes wie über das Kriegsschulden- und Tributproblem vorbereitet zu verhandeln. Der französische Wunsch, mit England zu einer Art Vereinigung zu gelangen und die Ministerbegegnung von der Viermächtekonferenz zu trennen, scheint sich also in vollem Umfange durchgesetzt zu haben.

Zweifellos hat die deutsche Regierung, die Viermächtekonferenz bis nach dem 10. April, dem Tage des zweiten Wahlganges zu verschieben, der Tendenz einer solchen eng-

lisch-französischen Vereinigung Vorschub geleistet, wobei ersahrend ins Gewicht fällt, daß das deutsche Auswärtige Amt zur Zeit vom Reichskanzler mitverwaltet wird und ein besonderer Außenminister, der ohne Rücksicht auf die innerpolitischen Vorgänge in die außenpolitischen Verhandlungen hätte einreifen können, nicht zur Verfügung steht.

Ministerpräsident Tardieu will am Sonntag abend oder am Montag früh wieder von London nach Paris zurückkehren, um sich bis zum 11. April mit wichtigen Regierungsgeschäften zu befassen. In französischen politischen Kreisen ist man mit dieser Lösung einigermassen zufrieden und erwartet, daß Tardieu „bereit“ sei, am Montag, den 11. April, in Genf mit Reichskanzler Brüning, Ministerpräsident MacDonald und dem Vertreter Mussolini zur Aussprache über die Donaufrage zusammenzutreffen. In der französischen Presse werden andererseits aber auch Befürchtungen laut, daß MacDonald zwischen Frankreich und Deutschland vermitteln und damit den Donauplan Tardieus zu Fall bringen wolle.

Der Rahmen der Londoner Viermächtekonferenz.

London. Die englische Diplomatie ist zur Zeit bemüht, die Londoner Donau-Konferenz bereits möglichst für das kommende Wochenende zustandzubringen. Der unmittelbare Zweck der Konferenz besteht darin, daß die Vertreter der vier Großmächte durch eine Aussprache Klarheit über die Richtlinien gewinnen, die für die weitere Behandlung der Donaufrage maßgebend sein sollen. Es besteht also die Möglichkeit weiterer Konferenzen. Sollte Tardieu den Wunsch haben, sich vorher mit MacDonald über die beide Länder interessierenden Fragen auszusprechen, so wird man englischerseits keine Hindernisse in den Weg legen. Die Vertreter Englands werden sich jedoch die Möglichkeit zu einer Erörterung der verchiedenen vorliegenden Donaupläne nicht nehmen lassen. — Die Möglichkeit, daß die Reparationsfrage im Rahmen der Zusammenkunft zur Sprache kommen kann, wird in London zugegeben. England, so sagt der Observer, habe seine Reparationspolitik mehr als einmal deutlich dargelegt, so daß England jetzt der Darlegung der französischen Auffassung durch Tardieu entgegenstehe.

Die in Deutschland umlaufenden Gerüchte über eine englisch-französische Verständigung in der Reparationsfrage sind, wie der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph meldet, unbearbeitet. Die Sunday-Times meint, daß die Reparationsverhandlungen ein vierjähriges Moratorium und danach deutliche Zahlungen von etwa 400 Mill. M. jährlich bringen würden (?? Die Red.).

Deutschland

nimmt an der Londoner Viermächtekonferenz teil.

Berlin. (Zuspruch.) Wie wir erfahren, hat die deutsche Regierung im Prinzip ihre vorläufige Zustimmung zu der Einladung der englischen Regierung, an einer Viermächtekonferenz über die Donaufrage teilzunehmen, gegeben.

Washington und die Donau-Pläne

Washington. Infolge einer leichten Grippe Simmons ist die Konferenz mit Norman S. Davis, dem Mitglied der Vereinigten Staaten auf der Abrüstungskonferenz, nicht zustande gekommen. In amtlichen Kreisen Washingtons richtet sich die Aufmerksamkeit auch mehr auf die Donau-Pläne als auf die Abrüstung. In maßgebenden Kreisen betrachtet man nämlich die französischen Donaupläne tatsächlich als eine Ummodellierung politischer Punkte des Versailles Vertrages in wirtschaftliche Bestimmungen. Es herrscht die Auffassung vor, daß Deutschland mit Frankreich übereingekommen ist, dem beabsichtigten Donau-Bund nicht zu widersprechen (?) und keine besonderen wirtschaftlichen Vorteile anzustreben. Eine derartige Zustimmung Deutschlands würde nach Auffassung Washingtoner politischer Kreise bedeuten, daß Deutschland darauf verzichtet, später die deutsch-österreichischen Zollunions-Pläne wieder aufleben zu lassen. In amtlichen Kreisen übt man zwar vorläufig noch Zurückhaltung, doch wird der Donau-Bund-Plan offenbar begrüßt. Es herrscht die Ansicht vor, daß die Bildung eines oder mehrerer natürlicher Wirtschaftsgebiete mit gleichförmigen Zollmanern anstelle von Zollmanern um jedes kleine Land der allgemeinen Wirtschaftsbelebung dienlich sein kann.

Reichsminister Groener

hat den SA-Befehl nicht gefannt.

Berlin. (Zuspruch.) In einigen Zeitungen wird behauptet, Reichsminister Groener habe den nat.-soz. Befehl über die Zusammenziehung der SA-Mannschaften am Wahltage vorher gefannt.

Vom Reichsinnenministerium wird demgegenüber festgestellt, daß diese Behauptung nicht zutrifft. Der Minister

hatte lediglich Kenntnis von der Tatsache, daß die SA-Deute in besonderen Unterküften zusammengezogen werden sollten. Der Befehl selbst oder der Entwurf eines Befehles hat dem Minister nicht vorgelegen. Im übrigen hat der Minister von vornherein die schwersten Befehle gegen derartige Pläne gehabt. Den Wortlaut des Befehls hat er erst bei dem Besuch der nat.-soz. Führer Göring und Frank II am Freitag, dem 18. März, eingesehen. Bei diesem Besuch hat Minister Groener erklärt, daß er sofort gegen derartige Pläne Einspruch erhoben haben würde.